

Der außenpolitische Kurswechsel der SPD in der Opposition

Anti-amerikanische Tendenzen schaden dem deutschen Interesse

Nach dem Scheitern der Regierung Schmidt verstärken sich die anti-amerikanischen Tendenzen in der SPD: Negative Äußerungen und offene Aktionen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen ständig zu. Inzwischen haben anti-amerikanische Tendenzen weite Teile der SPD erfaßt und finden zunehmende Unterstützung durch die Parteiführung. Innerparteiliche Kritiker dieses Kurswechsels werden einem beträchtlichen Meinungsdruck ausgesetzt. Der neue Kurs soll — möglichst ohne öffentliches Aufsehen — nicht mehr umkehrbar gemacht werden.

Jungsozialisten als Vorreiter

Die Jungsozialisten waren die ersten, die jene Anwürfe gegen die USA formulierten, die heute die Einstellung der SPD bestimmen.

In einem Demonstrationsaufruf gegen den Besuch des amerikanischen Außenministers Haig warfen die Jungsozialisten den USA „Großmachtwahn“ und „gnadenlose Härte“ vor. Der damalige Bundesvorsitzende Willi Piecyk unterstützte den Vorwurf des „Großmachtwahns“ in einem Interview ausdrücklich (Deutschlandfunk, 8. September 1981).

Sein Nachfolger als Bundesvorsitzender, Rudolf Hartung, hielt den USA „ideologisch begründeten Völkermord“ und „systematische gedankliche Vorbereitung auf den atomaren Angriffskrieg“ vor (ppp, 31. März 1983) und sprach von der angeblichen „Atomkriegsvorbereitungspolitik der Reagan-Regierung“ (Brief des Bundesvorstandes der Jungsozialisten, 10. August 1983).

Für den derzeitigen Vorsitzenden Ulf Skirke zeichnet sich der amerikanische Präsident Ronald Reagan durch „menschenverachtenden Zynismus“ aus (Juso-Pressemitteilung, 2. Mai 1985). Eine derartige Einschätzung mag dann in letzter Konsequenz sogar zu solchen Aufrufen führen wie in Worms: Dort wurde ein Werbeplakat der Jungsozialisten für die anti-amerikanische Demonstration in Neustadt am 5. Mai 1985 geklebt, auf dem ein Demonstrant abgebildet ist, der auf die Frage, wo er hin wolle, per Sprechblase antwortete: „Nach Neustadt, Ronald eins aufse Fresse haun.“

Anti-amerikanische Emotionen bei Mandatsträgern und Funktionären

Seit Anfang der achtziger Jahre mehren sich die Ausfälle gegen die USA und nehmen ständig an Schärfe zu. So erklärte beispielsweise der Lübecker SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Busack:

„Die Kriegsverursacher und Brandstifter regieren nicht im Kreml. Sie regieren in Washington.“ Die USA müßten „lügen, betrügen und irreführen, um den wachsenden Widerstand gegen ihre abenteuerliche Wahnsinnspolitik zu bremsen und zu unterlaufen“. Die USA trieben zum Krieg. Die Regierung Reagan habe aus der Kriegsverhinderungsstrategie der NATO eine Kriegsführungsstrategie gemacht.“ (Zitiert nach Kieber Nachrichten, 14. Dezember 1981)

Busack hatte schon im Frühjahr 1981 die Amerikaner mit den Nationalsozialisten auf eine Stufe gestellt. **Die Regierungsvertreter der USA erinnerten „allein schon in ihrer Sprache an die der Nationalsozialisten gegen die Sowjetunion“.** (Zitiert nach Flensburger Tageblatt, 25. Mai 1981)

An den SPD-Parteitag 1982 in München wurden mehrere Anträge gestellt, in denen von der „reaktionären US-Regierung“ (Antrag 535, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz), „hegemonistischen Vorstellungen“ (Antrag 347, Unterbezirk Frankfurt), der Ausweitung des „eigenen imperialen Herrschaftsbereiches“ (Antrag 35, Unterbezirk Wiesbaden) oder dem „zunehmend aggressiven Kurs der US-Regierung“ (Antrag 179, Unterbezirk München) die Rede ist (SPD-Bundesparteitag, 19. bis 23. April 1982 in München, Antragsbroschüre).

1983 warfen in einem Brief über 50 Bundestagsabgeordnete und mehr als 90 Landtagsabgeordnete der SPD dem amerikanischen Präsidenten „menschenerchtsverachtende Politik“ vor (zitiert nach Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1983).

Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament schrieben in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten aus Anlaß seines Besuches am 8. Mai 1985 in Straßburg:

„Ihre Regierung trägt jedoch dazu bei, weltweit die Konflikte zu verschärfen. ... Mehr und mehr ziehen auch die USA die Länder der Dritten Welt in den Ost-West-Konflikt hinein.“ (Zitiert nach SPD-Pressemitteilung Nr. 238, 26. April 1985)

Anti-amerikanische Tendenzen in der SPD-Führung

Schon 1982 hatte Erhard Eppler zu „Gegendruck von der Straße her“ gegen den amerikanischen Präsidenten aufgerufen (zitiert nach Die Welt, 3. Februar 1982) und behauptet, die Politik der USA sei „von allen guten Geistern verlassen“ (zitiert nach Die Welt, 13. April 1982).

Egon Bahr wird von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung indirekt zitiert:

„Das Streben nach Überlegenheit sei ein Teil Amerikas und lebensgefährlich. ... Wer Überlegenheit beweisen will, muß mit dem Krieg spielen.“ (FAZ, 17. Januar 1983)

Der Bundestagsabgeordnete und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1986 in Niedersachsen, Gerhard Schröder, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender, sprach 1983

von der „imperialistischen Großmachtpolitik Reagans“ und vom „blanken Zynismus der Vereinigten Staaten“ (zitiert nach ppp, 22. Juli 1983). SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski behauptete, die Politik der Reagan-Regierung sei **doppelzüngig und eskalierend**“, sie sei „**gefährlich**“. (Vorwärts, 4. August 1983)

Zum gleichen Zeitpunkt stellte Oskar Lafontaine sein Buch „**Angst vor den Freunden**“ vor. Und der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ), Horst Isola, warf den USA sogar **Kriegstreiberei** vor:

„Der größte NATO-Partner ist auf der ganzen Welt auf der Suche nach Krieg und zündelt bei jeder besten Gelegenheit.“ (Zitiert nach Weser-Kurier, 4. November 1983)

Anti-amerikanische Demonstrationen

Es konnte gar nicht ausbleiben, daß aus dieser Einstellung auch öffentliche Aktionen gegen die USA entstanden. Im Herbst 1981 unterzeichneten mehrere Gliederungen der Berliner SPD gemeinsam mit kommunistischen Organisationen den Aufruf zu einer **Demonstration gegen den Berlin-Besuch des amerikanischen Außenministers Haig**. Am Rande dieser Demonstration kam es zu schlimmen Gewalttätigkeiten. Die Berliner SPD-Führung distanzierte sich zwar von der Unterstützung der Demonstration durch SPD-Gliederungen, sie hat aber die Teilnahme der SPD-Organisationen an dieser Demonstration nicht verhindert.

Ein Beispiel für die Beteiligung von Repräsentanten und Gliederungen der SPD an Demonstrationen gegen die USA und die NATO sind die Aktionen der sogenannten Friedensbewegung gegen die NATO-Herbstmanöver 1984. Zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen hatte der SPD-Vorstand am 7. September ausdrücklich aufgerufen:

„Die Sozialdemokraten werden wie in den vergangenen Jahren ihre Forderungen nach Frieden, Rüstungsstop und Abrüstung auf den Veranstaltungen und Kundgebungen der Friedensbewegung vertreten. Insbesondere ruft die SPD die Sozialdemokraten auf, in den Veranstaltungen des ‚Friedensherbst '84‘ in und mit der Friedensbewegung auf, in friedfertig und gewaltfrei Zeichen des Friedens zu setzen.“ (Erklärung des SPD-Parteivorstandes, 7. September 1984, zitiert nach SPD-Pressemitteilung 367, 10. September 1984)

Der bisherige Höhepunkt wurde anlässlich des **Besuches des amerikanischen Präsidenten im Mai 1985 in der Bundesrepublik Deutschland** erreicht. Der SPD-Bezirk Pfalz und die Jungsozialisten Rheinland-Pfalz riefen für den 5. Mai zu einer **Gegenkundgebung zum Besuch Ronald Reagans auf dem Hambacher Schloß** auf. Den Vereinigten Staaten wurden in diesem Aufruf eine **forcierte Politik des Wettrüstens, die Erhöhung der Kriegsgefahr, die Bedrohung souveräner Nationen und Vergrößerung des Elends in der Dritten Welt** vorgeworfen (Aufruf für die Demonstration am 5. Mai 1985).

Die Jungsozialisten riefen auch von der SPD-Parteizentrale aus zu dieser „**Großkundgebung gegen Ronald Reagan**“ auf. In einer Pressemitteilung machten sie „die USA verantwortlich ... für immer neue Massenvernichtungswaffen, für die geplante Aufrüstung sogar des Weltraums, für die Unterdrückung der nach Selbstbestimmung strebenden Länder der ‚Dritten Welt‘“. Der Aufruf wurde unterzeichnet von den Juso-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie den Juso-Bezirksvorsitzenden von Hessen-Süd und der Pfalz. (Pressemitteilung der Jusos, 21. März 1985)

Der SPD-Parteivorstand unternahm nichts gegen diese anti-amerikanische Demonstration. Im Gegenteil: **SPD-Präsidiumsmitglied Wischnewski und Ministerpräsident Lafontaine** waren die Hauptredner auf dieser Veranstaltung.

Lediglich Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger distanzierte sich von dem Demonstrationsaufruf. Es gelte klarzustellen, daß „mit dem amerikanischen Präsidenten das demokratisch gewählte Staatsoberhaupt einer Nation in Hambach mit deutschen Jugendlichen spricht, die unser engster Verbündeter ist; einer Nation mit fester demokratischer Tradition und entscheidender Geburtshelfer unserer Nachkriegsdemokratie“. (Zitiert nach Die Welt, 18. April 1985)

Über diesen Verbündeten und seinen frei gewählten Präsidenten sind die Redner auf der Neustadter Demonstration mit rüden Anwürfen hergefallen. So erklärte **Willi Rothley**, Vorsitzender des SPD-Bezirks Pfalz, unter anderem:

„Dieser Präsident hat Weltherrschafts-Phantasien. Er strebt Überlegenheit an, militärisch und ökonomisch. Er gefährdet damit den Frieden . . . Dieser Präsident behandelt Bündnispartner als Vasallen . . . Dieser Präsident unterdrückt — im Namen der Freiheit — den Freiheitskampf der Völker Mittelamerikas: Überfall auf Grenada 1983, Hilfe für das Regime in El Salvador, Unterstützung der Contras in Nicaragua.“ (Zitiert nach Fernschreiben des SPD-Bezirks Pfalz an den SPD-Parteivorstand, 4. Mai 1985)

Und **Ministerpräsident Lafontaine** verstieg sich zu der unglaublichen Unterstellung:

„In der Tradition des Hambacher Festes appellieren wir an die beiden sogenannten Supermächte, ihre Vor- und Hinterhofmentalitäten endlich aufzugeben, die sie von Verbrechen zu Verbrechen stolpern lässt.“ (Eigene Mitschrift; vgl. auch Frankfurter Rundschau, 6. Mai 1985, Die Welt, 6. Mai 1985, u. v. a.)

Bis heute hat sich die SPD-Führung davon nicht distanziert.

Brandt in Moskau

Der Besuch Brandts in Moskau vom 26. bis 29. Mai 1985 ist der jüngste Hinweis darauf, wie weit sich große Teile der SPD bereits politisch von unserem wichtigsten Verbündeten abgesetzt haben und welches Maß ihre politische Übereinstimmung mit der sowjetischen Führung inzwischen erreicht hat.

So erklärte Brandt in einer Tischrede:

„In den Fragen der Sicherheit sind wir Partner, auch wenn jeder von uns in seinem Bündnis kämpft und wir unterschiedliche Verantwortung in unterschiedlichen Bündnissen haben.“ (Zitiert nach ppp 99, 28. Mai 1985)

Gleichzeitig bescheinigte er der Sowjetunion, daß sie „niemals versucht hat, unsere Bündnispolitik herauszufordern oder uns gegen die Vereinigten Staaten auszuspielen“. (Zitiert nach FAZ, 28. Mai 1985)

Mit diesen Begriffen negiert Brandt den klar erkennbaren sowjetischen Versuch, das westliche Europa und die Vereinigten Staaten zu trennen, und verwendet zum wiederholten Male den irreführenden Begriff der Sicherheitspartnerschaft, der verschleiert, daß die Begriffe Partnerschaft und Sicherheit die politischen Beziehungen zu den Ver-

einigten Staaten, zu Frankreich und England zutreffend beschreiben, nicht jedoch das Verhältnis zur Sowjetunion.

Kritik an der Sowjetunion hat Brandt ausgespart. Der Völkermord in Afghanistan, die politischen Gefangenen in sibirischen Straflagern oder die völlig unzulängliche sowjetische Hilfe für die Dritte Welt schienen ihm in seiner Tischrede offenbar nicht erwähnenswert.

Das Ergebnis des Brandt-Besuches in Moskau kommentierte die **Frankfurter Rundschau** so:

„Die Sowjets können mit der Brandt-Visite zufrieden sein. So viel Gleichklänge bei der Erörterung so sensibler Themen wie der Rüstungskontrollpolitik, der bilateralen Beziehungen und der Weltfrage hatte es schon lange nicht mehr zwischen dem Kreml und einem nichtkommunistischen Gast gegeben.“ (29. Mai 1985)

Für die DKP äußerte sich Vorstandsmitglied Emil Carlebach:

„Die Führung der Sozialistischen Internationale reist nach Moskau und vertritt dort im Hinblick auf Abrüstung und Entspannung dieselben Gedanken wie die Führer der KPdSU. Das — und man muß es wissen und nachempfinden — hat es seit Jahrzehnten nicht gegeben. Das schien noch vor kurzem ein Ding der Unmöglichkeit.“ (Zitiert nach Rheinischer Merkur, 3. August 1985)

Moralische Gleichsetzung der beiden Weltmächte

Es wird immer offenkundiger, daß die anti-amerikanischen Tendenzen in der SPD sich nahezu ungehindert ausbreiten. Die SPD hat anscheinend in weiten Teilen die Fähigkeit verloren, zu erkennen, welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde sind. Das wird noch deutlicher in der moralischen Gleichsetzung der Demokratie der Vereinigten Staaten mit der totalitären Diktatur der Sowjetunion.

Präsidentenwahl ein Gruselkrimi?

Die Wahl Ronald Reagans 1980 zum amerikanischen Präsidenten löste bei Erhard Eppler Gruseln und teilnahmsvolle Gefühle für die sowjetische Führung aus:

„So verständlich dem Europäer die Empörung der Vereinigten Staaten über die sowjetische Invasion in Afghanistan erscheinen muß, so wird er doch nicht ohne Gruseln die Welle von Affekten, Ressentiments und verletzten Eitelkeiten auf sich zurollen sehen, die Ronald Reagan mit triumphaler Mehrheit ins Weiße Haus geschwemmt hat: Wir werden allen zeigen, wer wir sind: ein vitales Volk, Kämpfer für eine gute Sache und vor allem: die Stärksten von allen. Welche Ängste dies bei den alten Männern in Moskau wecken muß, läßt sich erahnen.“ (Erhard Eppler, Wege aus der Gefahr, Hamburg 1981, S. 210)

Für Eppler und vor allem für die Jungsozialisten sind die Weltmächte Sowjetunion und USA in gleicher Weise gefährlich für den Frieden. Die USA werden sogar als

objektiv größere Gefahr hingestellt. Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten vergleicht die auf gemeinsamen Werten gegründete Verbundenheit der CDU mit den Vereinigten Staaten mit dem Verhältnis der DKP zum Kreml:

„Frage: Wer ist denn für Sie friedliebender, die Sowjetunion oder Amerika oder keiner von beiden?“

Antwort: Ich halte beide Supermächte für gleich gefährlich. . . Ich halte auch die beiden Blöcke, die sich damit verbinden, für gleich gefährlich. . . Und beide haben natürlich auch ihre Großmacht-Attitüden. Und deswegen muß man das auch beiden sagen. Wir sagen es beiden. Die DKP oder Kommunisten sagen es nur der einen Seite, die Union der andern. Deswegen fühlen wir uns ganz wohl, wenn wir es auch beiden sagen.“ (Willi Piecyk, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, zum Juso-Demonstrationsaufruf gegen den Besuch des amerikanischen Außenministers Haig, Deutschlandfunk, 8. September 1981)

„Ich sage nicht, die Amerikaner wollen weniger Frieden als die Russen, sondern ich sage, die amerikanischen Weltmachtingeressen stehen Verhandlungen mehr entgegen als die sowjetischen.“ (Erhard Eppler, Deutschlandfunk, 21. September 1981)

Friedliebende Sowjetunion?

In zahlreichen Anträgen zum SPD-Parteitag 1982 taucht folgerichtig das Bild einer friedliebenden Sowjetunion auf, die sich von der Hochrüstungspolitik und dem antikommunistischen Kreuzzugsdanken der amerikanischen Regierung in die Defensive gedrängt sieht. Die Bundesrepublik Deutschland wird nicht in erster Linie als Partner im westlichen Bündnis gesehen, sondern in der Rolle des Vermittlers zwischen den Blöcken.

„Die BRD sollte sich von den USA nicht die Rolle des Bollwerks gegen den Sozialismus aufzwingen lassen, sondern sollte weiterhin versuchen, zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR zu vermitteln und auf den Abschluß eines Abrüstungsvertrages drängen. Die BRD sollte sich durch übertriebene Rüstungsmaßnahmen oder gar Sanktionen gegen Moskau diesen Status des Vermittlers nicht verscherzen.“ (Antrag 92, Ortsverein Siegburg, SPD-Parteitag, 19.—23. April 1982, Antragsbroschüre)

„Die amerikanische Administration wird möglicherweise versuchen, durch atomare Hochrüstung die UdSSR wirtschaftlich und politisch erpreßbar zu machen . . . Die neue sog. „relative Entspannungspolitik“, wie sie von der US-Regierung propagiert wird, mobilisiert zusammen mit dem sog. „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ (gemeint sind z. B. Befreiungskriege wie in El Salvador oder Nicaragua usw.) primitive, blinden, antikommunistischen Haß.“ (Antrag 39, Unterbezirk Nürnberg, SPD-Parteitag, 19.—23. April 1982, Antragsbroschüre)

Angst vor den Freunden?

In seinem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Angst vor den Freunden“ greift Oskar Lafontaine die USA frontal an. Bewußt schürt er Mißtrauen gegen unseren wichtigsten Bündnispartner:

„Sie sind bisher die einzige Macht, die Atomwaffen eingesetzt hat. Die USA bereiten sich jetzt nach dem Urteil von Fachleuten darauf vor, einen begrenzten Nuklearkrieg führen und gewinnen zu können. (S. 31)

Die Vereinigten Staaten sind bei den Verhandlungen über die Begrenzung der atomaren Rüstung weder berechenbar noch zuverlässig. (S. 57)

Sie (die Weltmächte) würden, ohne moralisch daran zu zerbrechen, kriegerische Auseinandersetzungen auf das Territorium ihrer jeweiligen Verbündeten begrenzen. (S. 80)

Die neue Strategie der geographischen Eskalation, die von der Reagan-Administration zu einem wesentlichen Element der amerikanischen Militärstrategie gemacht worden ist, widersprach eklatant den Lebensinteressen der Europäer.“ (S. 86) (Oskar Lafontaine, Angst vor den Freunden, Hamburg 1983)

Egon Bahr lässt sich in seiner positiven Einschätzung der sowjetischen Politik auch durch die ständig weitergehende Stationierung von SS-20-Raketen nicht beeindrucken:

„Andropow hat mit dem Abrüstungsteil seiner Rede die Situation interessant und zum Positiven verändert... Die Sowjetunion hat sich bewegt. Die USA bisher nicht. Sie sind sogar stolz darauf, sich nicht bewegt zu haben.“ (Egon Bahr, Vorwärts, 6. Januar 1983)

Raus aus der NATO?

Vor den Jungsozialisten stellt Oskar Lafontaine die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO grundsätzlich in Frage. Zur Begründung unterstellt er den Amerikanern, einen begrenzten Atomkrieg auf europäischem Boden als führbar und auch gewinnbar anzusehen:

„Wir sind in keinem Fall beigetreten, um mitzuhaften für ein Abenteuertum, das die halbe Welt zur eigenen Interessensphäre erklärt und das die Taktik und die Strategie des führbaren und des gewinnbaren Atomkrieges zur Grundlage der eigenen Verteidigungsplanung macht... Die politische Dimension heißt: es gibt Bedingungen, zu denen eine Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr tragbar ist, d. h. wenn diese NATO uns auf ein Pulverfaß setzt, bei dem die Lunte gleich mitgezündet wird, ...“ (Rede auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten in Oberhausen am 26./27. März 1983, zitiert nach Frankfurter Rundschau, Oster-Beilage 1983)

„Weder der ideologisch begründete Völkermord in Mittelamerika noch die von den Beratern Reagans vorgenommene systematische gedankliche Vorbereitung auf den atomaren Angriffskrieg haben die Zustimmung einer Mehrheit in den USA. Doch die praktische Politik wird von der Reagan-Administration gemacht. Ihre Politik zielt systematisch auf die Zerstörung des Nordatlantik-Pakts: Die Völker Westeuropas sind weder willenlose Bürger für den von den Vordenkern der Reagan-Regierung planmäßig durchdachten Angriffskrieg gegen ihre osteuropäischen Nachbarn; noch stehen sie als schweigende Komplizen für den Völkermord in Lateinamerika zur Verfügung.“ (Rudolf Hartung, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, ppp-Kommentar, 31. März 1983)

In der Sache vergleichbar, wenn auch gewählter im Ausdruck, äußert sich **Erhard Eppel**. Auch er stellt die Mitgliedschaft in der NATO im Falle der Stationierung von Mittelstreckenwaffen zur Diskussion und begründet dies mit einer angeblichen Meinungsmehrheit in der Bevölkerung. Damit stellt er unter anderem das Prinzip der repräsentativen Demokratie in Frage.

„Ich würde unseren amerikanischen Verbündeten sagen: Wer gegen den feststellbaren Willen einer Mehrheit der Deutschen die Stationierung der Mittelstreckenraketen unter allen Umständen durchsetzen will, der darf sich dann nicht wundern, wenn es eine Diskussion über die Mitgliedschaft in der NATO gibt. Das heißt: Ich bin nicht für den Austritt aus der NATO, aber ich halte eine Diskussion darüber für völlig unvermeidlich in dem Augenblick, wo — ja nun — gegen unsere Interessen und auch gegen den nach Umfragen klaren Willen der Mehrheit die Stationierung durchgedrückt werden soll und auch gegen den massiven Widerstand der Friedensbewegung.“ (Deutschlandfunk, 10. Mai 1983)

Sowjetische Bedrohung „reiner Blödsinn“?

Egon Bahr erkennt keine Bedrohung durch die Sowjetunion, dafür sieht er die Bundesrepublik als Geisel und Aufmarschgebiet unseres Bündnispartners USA:

„Es ist zunächst mal reiner Blödsinn zu sagen, daß die Russen uns drohen. Das wäre nur berechtigt, wenn man vorher sagt, die NATO droht den Russen mit der Aufstellung von Raketen.“ (Deutschlandfunk, 20. Mai 1983)

„Bahr: Wir sind Geiseln!

Stern: Geiseln der beiden Großmächte?

Bahr: Ich kann doch nicht die Augen davor verschließen, daß beide deutschen Staaten für die Supermächte Aufmarschgebiet sind. Es wäre doch einfach irreal, dies zu leugnen.

Stern: Haben Sie nicht das Gefühl, daß auch in der DDR ein Unbehagen über diese Geisel-Situation besteht?

Bahr: Ich habe keinen Zweifel, daß die sich ähnlich unwohl fühlen. Aber ich zweifle auch nicht daran, daß die Regierung dort das ebensowenig öffentlich sagen wird wie die Regierung hier.“ (Stern-Interview, 21. Juli 1983)

Amerikanischer Imperialismus?

Im Vorfeld des SPD-Parteitages in Köln (November 1983) werden die Angriffe auf die amerikanische Politik immer rüder:

„Als ‚Kanonenbootpolitik‘ hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder die Entsendung amerikanischer Truppen zu Manövern im mittelamerikanischen Raum bezeichnet. In einem Gespräch mit ppp erklärte Schröder am Freitag, die Amerikaner wollten Druck auf Nicaragua ausüben, um die ‚unbestreitbaren Erfolge der sandinistischen Revolution‘ zu zerstören. Die ‚imperialistische Großmachtpolitik Reagans‘ mißachtet dabei nach Meinung von Gerhard Schröder ‚brutal das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Mittelamerika‘. Vor diesem Hintergrund sei es ‚blanker Zynismus der

Vereinigten Staaten und des Westens', über die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan zu klagen. 'In Mittelamerika verhalten sich die Amerikaner keinen Deut besser', meinte Schröder." (Gerhard Schröder MdB: Reagan betreibt in Mittelamerika Kanonenbootpolitik, ppp, 22. Juli 1983)

„Am 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages reichen Mahnungen nicht mehr aus. Die Weltöffentlichkeit muß sich zur Wehr setzen gegen den fortwährenden Völkerrechtsbruch der Regierungen der Nuklearwaffenstaaten, die ohne Unterlaß Verbrechen an der Menschheit vorbereiten.“ (Hermann Scheer MdB, ppp, 30. Juni 1983)

„Auf eine Bevölkerung, die sich eingestehen muß, US-Generäle haben bei uns allemal mehr zu sagen als das Parlament und die Regierung, läßt sich keine militärische Sicherheit aufbauen — es sei denn nach dem Vorbild der Warschauer Pakt-Staaten.“ (ppp, 22. Juli 1983)

„Der Bundesregierung hält Isola vor, die Bevölkerung der akuten Vernichtungsbedrohung auszusetzen: „50 Jahre nach ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz für Hitler werden erneut bürgerliche Parteien die Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel setzen — diesmal total.“ Das Kabinett Kohl fühle sich nicht dem Grundgesetz verpflichtet, sondern nur der NATO-Räson. „Wenn die Rechtsregierung in Bonn von Freiheit redet, dann meint sie die Freiheit des Westens, andere Länder überfallen zu dürfen, auch wenn sie jetzt im Fall von Grenada das Gegenteil heuchelt“, meinte Isola gestern gegenüber dem Weser-Kurier... „Der größte NATO-Partner ist auf der ganzen Welt auf der Suche nach Krieg und zündelt bei jeder besten Gelegenheit.““ (Horst Isola, stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, zitiert nach Weserkurier, 4. November 1983)

Mit dem **Nein zum NATO-Doppelbeschuß auf dem Kölner Parteitag** (18. bis 19. November 1983) verabschiedet sich die SPD aus der gemeinsamen Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses und verläßt auch die Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik von Helmut Schmidt. Schmidt bleibt bei der Abstimmung mit 13 weiteren Delegierten in einer verschwindenden Minderheit.

Keine Rücksicht auf Grundsätze der Menschlichkeit?

Sowohl auf dem **Kölner** als auch auf dem **Essener Parteitag** (Mai 1984) wird das Verhalten der USA gegenüber ihren Verbündeten mit dem der Sowjetunion gegenüber ihren Satelliten gleichgesetzt. Dabei wird bewußt oder unbewußt verschwiegen, daß es sich im einen Fall um eine freie, demokratisch zustandegekommene Entscheidung der Völker für das westliche Bündnis handelt, im anderen Fall um ein Satellitensystem, das durch militärische Zwangsmittel zusammengehalten wird.

„Das ändert aber nichts daran, daß Regierungen von Weltmächten sich in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik an ihren Interessen orientieren und diese Interessen — beispielsweise in ihren geographischen „Hinterhöfen“ häufig ohne Rücksicht auf die Prinzipien der Humanität und des Völkerrechts verfolgen.“ (Beschluß des außerordentlichen SPD-Bundesparteitages in Köln, 18./19. November 1983)

Vorbereitung eines Angriffskrieges?

Wer wie der SPD-nahe **Parlamentarisch-Politische Pressedienst** (ppp) der Politik der Vereinigten Staaten Kriegsvorbereitung unterstellt und den Parteitag einer demokratischen Partei mit der Sportpalast-Atmosphäre unseligen Angedenkens vergleicht, hat entweder jeden Realitätssinn verloren oder handelt bewußt bös willig:

„Bei aller ideologischen Verbohrtheit kann doch selbst den Unionsparteien nicht verborgen bleiben, daß die Reagan-Partei zum Krieg rüstet. Die Sportpalast-Atmosphäre auf dem Jubelparteitag der Republikaner in Dallas ist ein sicherer Indikator für jene nationalistische Verbündung, die Reagan und die Männer neben und hinter ihm mit allen Mitteln professioneller Propagandatechnik, einschließlich der Olympiade, schüren. . . .“

Nationalistische Selbstberauschung, Hochrüstung, ein ideologisches Feindbild und finanzpolitisches Hasardieren, das sind die Ingredienzien, die bei Vorhandensein eines hinreichend bedenkenlosen Staatschefs die Aggression nach außen fast zwangsläufig machen. Der Bundesrepublik unter Kanzler Kohl ist in den strategischen Planspielen Reagans die Rolle des nützlichen Idioten zugeschrieben, der im Bedarfsfall über die Klinge springt.“ (ppp, 22. August 1984, Tagsthema)

Nicht viel besser verhält sich das **SPD-Präsidium**, wenn es in einer Erklärung die verleumderische Formel von der „**Geisel der Supermächte**“ aufnimmt:

„Europa darf keine Zone minderer Sicherheit und damit zu einer Geisel der Supermächte und ihrer Interessen werden.“ (Erklärung des SPD-Präsidiums, 25. Februar 1985, zitiert nach SPD-Pressemitteilung 110, 26. Februar 1985)

Bedroht uns Amerika?

Willy Brandt sieht in den beiden Weltmächten gleichermaßen eine Bedrohung aller. Den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem ausschließlich auf Verteidigung gerichteten atlantischen Bündnis und der imperialistischen Sowjetunion verdrängt er offensichtlich. Brandt scheint zu erkennen, daß die Bundesrepublik Deutschland in einer Sicherheitsgemeinschaft der westlichen Demokratien lebt, daß unser wichtigster Partner in diesem Bündnis die USA sind und daß deren Verteidigungsaufwendungen nicht zuletzt unserem Schutz dienen. Nicht die USA, sondern die Sowjetunion bedroht unseren Frieden und unsere Freiheit.

„Aber es ist nun eben eine unbestreitbare Tatsache, daß die Streitkräfte und die Waffen, die die Supermächte angesammelt haben, weit über das hinausgehen, was zu ihrer Verteidigung nötig sein mag. Sie haben die Fähigkeit erworben, und zwar diese beiden allein, das Leben auf unserem Globus zu beenden. Ihre Macht ist damit objektiv zu einer Bedrohung aller geworden. Die Entscheidung, diese Waffen einzusetzen, teilen sie mit keinem anderen. Das heißt, einzelne Menschen, ihre Berater, kleine Eliten, jedenfalls wenige, verfügen über die Macht, das Grundrecht aller auszulöschen, nämlich das Recht auf Leben.“ (Willy Brandt, Third World Lecture, New York, 24. April 1985, hektographiertes Manuskript)

Aus dieser Gleichsetzung der beiden Weltmächte zieht Brandt den Schluß, daß die Sowjetunion zum Verbündeten geworden ist:

„Trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, trotz unterschiedlicher Auffassungen in vielen Fragen, sind Ost und West, Nord und Süd Verbündete im Kampf ums Überleben.“ („Sicherheit ist unteilbar“, Leitartikel von Willy Brandt zur Verlagsbeilage „Sowjetunion“ im Vorwärts, 3. August 1985)

Kolonialismus mit neuen Mitteln?

Die Angriffe auf die Vereinigten Staaten und ihren demokratisch gewählten Präsidenten erreichen ihren vorläufigen Höhepunkt anlässlich des Besuches Ronald Reagans in der Bundesrepublik Deutschland Anfang Mai 1985.

„Ihre Regierung trägt jedoch dazu bei, weltweit die Konflikte zu verschärfen: Die Hochzinspolitik der USA macht die armen Länder immer ärmer. . . . Mehr und mehr ziehen auch die USA Länder der Dritten Welt in den Ost-West-Konflikt hinein. Die Folge sind immer mehr Waffenexporte, wachsender Hunger und steigende Arbeitslosigkeit. Wir fordern Sie auf: Beenden Sie diese Politik, die eine Fortsetzung kolonialer Ausbeutung und Abhängigkeit mit neuen Mitteln ist.“ (Europa-Parlamentarier der SPD schreiben an Ronald Reagan, zitiert nach Vorwärts, 27. April 1985)

„Auf Hambach kann sich deshalb nicht jemand berufen, der durch eine forcierte Politik des Wettrüstens die Kriegsgefahr erhöht, der in Lateinamerika souveräne Nationen bedroht, der mit seiner Weltwirtschaftspolitik das Elend der ‚Dritten Welt‘ vergrößert. Wir glauben nicht, daß sich Präsident Ronald Reagan auf diese Hambacher Traditionen berufen kann. Wir empfinden es als Mißachtung der demokratischen Traditionen in Deutschland, daß die Bundesregierung Ronald Reagan in Hambach zu ‚ausgewählten‘ Jugendlichen reden lassen will.“ (Aufruf zur Demonstration gegen den amerikanischen Präsidenten in Neustadt am 5. Mai 1985)

Falsche Analyse und Bewertung des Ost-West-Gegensatzes

Der eigentliche Grund für den Wertneutralismus und die moralische Gleichsetzung der beiden Weltmächte liegt in der Verkennung des Ost-West-Gegensatzes, den die SPD nicht mehr als Systemkonflikt zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur begreift, sondern vorwiegend als Konkurrenzverhältnis zweier Großmächte. Viele SPD-Politiker halten es für wünschbar, andere schon für eine realistische Perspektive, daß sich die Bundesrepublik Deutschland aus diesem Konflikt heraushält.

Dahinter verbirgt sich der alte deutsche Traum von einer Brücken- und Mittlerstellung zwischen Ost und West. Der neue Neutralismus von links stellt die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland in Frage. Er verwischt die Tatsache, daß die Spannungen zwischen Ost und West begründet sind in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur.

Die anti-amerikanischen Äußerungen und die moralische Gleichsetzung der USA mit der Sowjetunion sind Ausdruck eines sich wandelnden Wertebewußtseins in der SPD. Daran ändern auch die ständigen Einwände von Brandt und anderen nichts, die SPD wende sich ja nur gegen die Politik der gegenwärtigen Regierung in Washington, nicht

gegen Amerika selbst oder gegen die amerikanische Politik insgesamt. Diese Schutzbehaftung ist, wie die angeführten Beispiele belegen, nicht haltbar.

Nicht die bloße Kritik an einzelnen Personen oder einzelnen Entscheidungen der amerikanischen Politik, sondern die Verwischung des Gegensatzes von freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur gefährdet deutsche Interessen. Denn der Ost-West-Gegensatz ist ein ideologischer Konflikt zweier Systeme, die ihre Politik an völlig unterschiedlichen Grundwerten ausrichten.

Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche Demokratie ist nur in der Partnerschaft im westlichen Bündnis, insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika denkbar. Folglich bleibt es das Interesse der Sowjetunion, die europäisch-amerikanischen Bindungen zu lösen. Wer das übersieht, wer dem wichtigsten Bündnispartner mit ständigem Mißtrauen begegnet und die Politik der beiden Großmächte wertfrei nach der jeweiligen Macht- und Interessenslage beurteilt, gefährdet daher die Grundlagen der Freiheit:

„magna res libertas —, eine große Sache ist die Freiheit. Eine wie große Sache, das scheinen oft die besser und am besten zu wissen, die sie an die Macht verloren haben.“
(Fred Luchsinger, Neue Zürcher Zeitung, 26./27. Mai 1985)

Innerparteiliche Kritik am Kurswechsel der SPD

Daß diese gefährliche Entwicklung in der SPD weder neu noch gar eine Erfindung der CDU ist, das beweist am eindringlichsten die innerparteiliche Auseinandersetzung darüber. Immer wieder haben sich in den letzten Jahren Kritiker zu Wort gemeldet, die — allerdings ohne Erfolg — auf die Gefahren der um sich greifenden Werteversehung hinweisen. Insbesondere **Gesine Schwan**, Professorin für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und langjähriges Mitglied der SPD-Grundwertekommission, und **Karl Kaiser**, Professor für Internationale Politik an der Universität Köln und früher außenpolitischer Berater der Kanzler Brandt und Schmidt, haben den außenpolitischen Kurswechsel der SPD kritisiert. Aber auch namhafte sozialdemokratische Politiker des In- und Auslandes haben die Gleichsetzung der Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gebrandmarkt.

Sie alle halten insbesondere **Willy Brandt** vor, die Augen vor der sowjetischen Bedrohung zu verschließen und den Amerikanern mit unverhohlem Mißtrauen entgegenzutreten. Der tiefere Grund dafür mag darin liegen, daß Brandt sich bei vorurteilsfreier Analyse der sowjetischen Aufrüstungspolitik in den siebziger Jahren das Scheitern seiner entspannungseuphorischen Ostpolitik eingestehen müßte. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, werden heute in der SPD Vertreter einer realistischeren Ostpolitik systematisch isoliert. Nach dem Scheitern Schmidts sind sie entweder in akademische Rückzugsgesellschaften verwickelt oder haben bereits resigniert. Dennoch verdienen diese wenigen warnenden Stimmen natürlich Beachtung.

„Ich warne davor, den Splitter im Auge der westlichen Freunde größer zu malen als die Balken im Auge der kommunistischen Diktatur.“ (Helmut Schmidt, ppp, 18. Januar 1982)

Auch einige von Brandts Freunden in der Sozialistischen Internationale schätzen die Politik der Sowjetunion durchaus realistisch ein.

„Vor dem Europa-Colleg in Brügge erklärte der österreichische Regierungschef, die amerikanische Politik habe entscheidend zur Erhaltung des Kräftegleichgewichts in Europa beigetragen. Hätten die USA nach 1945 den europäischen Völkern überlassen, Widerstand gegen den Sowjetkommunismus zu leisten, dann sähe die Landkarte heute ganz anders aus‘, formulierte Kreisky. . . . Es gebe viele Beispiele dafür, wie sehr die amerikanische Politik mitgeholfen habe, einen Damm zu errichten, der die Expansion des Kommunismus verhindert habe.“ (Bundeskanzler Bruno Kreisky, zitiert nach Die Welt, 2. Oktober 1981)

„War, um zu diesem Ergebnis zu kommen, diese Ostpolitik absolut notwendig? . . . Mußte man dazu in erster Linie die Sowjetunion hofieren und als Weltmacht festigen?“ (Carlo Ripa di Meana, Mitglied des ZK der Sozialistischen Partei Italiens, zitiert nach Rheinischer Merkur, 14. Mai 1982)

Die Gretchenfrage nach der Freiheit

In umfassenden Analysen haben Gesine Schwan und Karl Kaiser den außenpolitischen Kurswechsel der SPD kritisiert.

„Ohne dieses Schweigen über die Bedrohung der westlichen Freiheit durch die Sowjetunion aber läßt sich die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses nicht begründen. Und wegen dieses Schweigens behaupte ich, daß sich an der Haltung zum Doppelbeschuß die Gretchenfrage entscheidet, wie Sozialdemokraten es mit der westlichen Freiheit halten. . . .

Wer also will, kann die Bedrohung der Freiheit durch die Sowjetunion erkennen. Wer sich um diese Erkenntnis nicht müht und über die schlechende Bedrohung der Freiheit nicht beunruhigt ist, hat kein echtes Interesse an ihr. . . . Seit Jahren tritt der Parteivorsitzende dem Trend in der SPD, den Gegensatz zwischen Freiheit und Unterdrückung, zwischen Demokratie und Diktatur als reine Theorie zu bagatellisieren oder zu verschweigen, nicht entgegen, sondern deckt und fördert ihn. . . .

Unter Brandts Führung hat sich die Partei mehr und mehr zum Gefangen einer mystifizierten Entspannungspolitik gemacht. Er will bis heute nicht wahrhaben, daß das Ziel unserer sozialdemokratischen Entspannungspolitik, den Frieden durch eine zunehmende Entschärfung des Ost-West-Gegensatzes sicherer zu machen, nur halb und zeitweise gelungen ist, weil die Sowjetunion sich durch diese Politik erklärtermaßen nie von ihrem Ziel einer expansiven Hegemonialpolitik hat abbringen lassen. Da Willy Brandt sich trotz gegenteiliger Erkenntnisse über die Politik der Sowjetunion nicht entschließen konnte, seine Formel, der Frieden sei sicherer geworden, zu modifizieren. . . . geriet die Partei vor die Alternative, sich entweder einzugestehen, daß sie sich gegenüber der Sowjetunion zum Teil falsche Hoffnungen gemacht hatte, oder mehr oder minder direkt dem Westen und insbesondere der Politik der Amerikaner die Schuld an der neuen Kriegsgefahr zuzuweisen. Der Parteivorsitzende entschied sich für den zweiten Weg, unterstützte . . . Helmut Schmidts realistische Anpassung der Friedens- und Entspannungspolitik an die neuen Erfahrungen (vor allem in bezug auf die sowjetische Aufrüstung) nur halbherzig und unterminierte sie zugleich durch zahllose Äußerungen des Mißtrauens in die Politik der Amerikaner und des Vertrauens in die der Sowjets. . . .

Keinem Parteimitglied und keinem Wähler wird auf die Dauer glaubhaft zu machen sein, daß die Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis den Frieden sichert, wenn dessen Führungsmacht, die USA, angeblich die alleinige Schuld am Ende der Entspannung und am Scheitern der Abrüstungsverhandlungen trägt, zumal dann, wenn die Parteiführung zugleich die Bedrohung durch die Sowjetunion tabuisiert.“

(**Gesine Schwan:** Die SPD und die westliche Freiheit, in Die Neue Gesellschaft, Heft 10/Oktober 1983)

„Eine Minderheit in der europäischen und deutschen Öffentlichkeit und auch viele Sozialdemokraten nehmen ... dies zum Anlaß, das Kind mit dem Bade auszuschütten und aus einer natürlichen und unter Verbündeten gebotenen Diskussion eine Neuordnung der Prioritäten der Sicherheitspolitik zu machen, die völlig den Charakter des Ost-West-Konflikts, der nach wie vor bestehenden Realpolitik, der deutschen Abhängigkeiten und vor allem den deutschen Handlungsspielraum verkennt. ...“

Das Schweigen und der mangelnde Widerspruch der Parteiführung zu Äußerungen von einzelnen Sozialdemokraten und Arbeitsgemeinschaften, die von der beschlossenen Linie abweichen, hat im Laufe der Jahre neue Tatbestände geschaffen, die das Gesamtbild der SPD verschoben haben. Wenn sich einige Sozialdemokraten in leitenden Positionen auf eine angebliche Basisbewegung bei ihren Positionen der jüngeren Zeit berufen, ziehen sie deshalb oft nur noch die letzte Konsequenz aus ihrer mangelnden Führung.“

(**Karl Kaiser:** Die SPD und ihre Glaubwürdigkeit, Die Diskussion um die Nachrüstung und die Prioritäten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik, in Vorwärts, 6. Oktober 1983)

Der Anfang vom Ende deutscher Sicherheit

„Äquidistanz von beiden Weltmächten ist der Anfang vom Ende deutscher und westeuropäischer Sicherheit. Wenn Egon Bahr den Kampf um den Frieden als einen Kampf gegen die Hegemoniemächte bezeichnet, dann verkennt und verwischt er die reale Basis westeuropäischer Sicherheit. West-Berlin mit allem, was es für uns Deutsche und den Westen bedeutet, kann nur frei bleiben, weil Amerikaner in Deutschland und zu Hause dafür mit ihrem Leben bürgen. ...“

Sowjetische Rüstungspolitik oder der Gegensatz zwischen Kommunismus und westlicher Demokratie als Ursache verstärkter Ost-West-Spannungen verschwanden schon in den sechziger Jahren aus den Analysen und Erklärungen der Jungsozialisten; in den siebziger und achtziger Jahren griff diese Tendenz auch auf Äußerungen der Partei und prominenter Sozialdemokraten bis hin zum Vorsitzenden über. Statt dessen findet man als Ursache der Bedrohung den anonymisierten „Rüstungswettlauf“, amerikanische Rhetorik und Nuklearkrieg, horizontale Eskalation und dergleichen. Wenn die Sowjetunion als Bedrohungursache ausgeklammert, die USA als Problem apostrophiert wird und zugleich das Bekenntnis zum Bündnis wiederholt wird, dann ist nicht mehr klar, gegen wen dieses Bündnis den Frieden sichert. Nicht nur wird die Verwirrung vergrößert, sondern die Diskussion gerät auf die schiefen Ebene einer Infragestellung des Bündnisses.“

(**Karl Kaiser:** Unangenehme Wahrheit für die SPD, Friedenswillke ist noch kein Konzept — Prioritäten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik, in Vorwärts, 13. Oktober 1983)

Kolporteure der „CDU-Propaganda“?

Und so überheblich herablassend leitet Egon Bahr seine Erwiderung auf Karl Kaiser ein:

„Karl Kaisers Standpunkt hat im Grunde nicht den Platz verdient, den der Vorwärts ihm eingeräumt hat. Aber Toleranz hat sich selbst dann zu beweisen, wenn Mitglieder in die Irre gehen und teilweise zu Gefangenen oder Kolporteuren der CDU-Propaganda werden.“ (Egon Bahr: Die Priorität bleibt der Friede, zur Kritik Karl Kaisers an der Außen- und Sicherheitspolitik der SPD, in Vorwärts, 20. Oktober 1983)

Auch Richard Löwenthal hat sich in diesem innerparteilichen Streit zu Wort gemeldet:

„Um so gefährlicher erscheint mir die Formel von Peter Glotz, die ‚Westbindung der Bundesrepublik‘ (er setzt diesen zentralen Begriff in ironische Anführungsstriche!) bedeute eine ‚Einbettung deutscher Politik in die Interessenlage der Amerikaner‘ und damit notwendig die Art von Verlust an Selbständigkeit, von der bei der gegenwärtigen Bundesregierung in der Tat Anzeichen zu beobachten sind. So macht er den Begriff der Westbindung zum Gegenbegriff des Wiedererstehens der deutschen Identität.“ (Richard Löwenthal: Westbindung und Identität der Deutschen, Eine Antwort an Peter Glotz, in Die Neue Gesellschaft, Heft 5/Mai 1984)

Doch nicht nur akademische Kritiker sorgen sich um den Kurs der SPD. An die Adresse seiner Partei gerichtet, erkärtete der bekannte Gewerkschafter und Bürgermeister von Datteln, Horst Niggemeier:

„Wo kann der Sinn darin liegen, wenn ich als Sozialdemokrat neben einem Kommunisten an einem sogenannten Friedensmarsch in der Bundesrepublik teilnehme?! Der eine hat in seinem Marschgepäck den Grundwert Freiheit, der andere lässt seine ungebrochene Freiheitsfeindlichkeit dort erkennen, wo er sich — wie aus dem DKP-Programm mühelos herauszulesen ist — ausdrücklich zur Politik der Sowjetunion bekennt.

Wenn wir sicher sein dürften, daß es keine Bedrohung unserer staatlichen Existenz gäbe, könnten wir heute am Tag alle Waffen in der Welt verschrotten. Doch vor diesem Traum einer durch und durch friedlichen Welt stehen die harten Realitäten der Gegenwart. Und die führen zu der Schlussfolgerung, daß nur wehrhafte Demokratien die Freiheit ihrer Bürger sichern und ihre staatliche Souveränität erhalten können.

Wer den Krieg vermeiden und unsere Freiheit erhalten will, muß sich in seinem sicherheitspolitischen Verhalten an der realen Bedrohung orientieren. Das mag nach 35 Jahren Frieden in Mitteleuropa vielleicht unbequem für den einen oder anderen sein. Aber es führt kein Weg an der Tatsache vorbei: Der Traum vom Frieden wird in dieser Welt von heute nur durch unsere militärische Wachsamkeit Wirklichkeit.“ (Redemanuskript, 6. Oktober 1984)

Gleichgültigkeit gegenüber den Verfolgten, Solidarität mit den Verfolgern

Solche Kritiker der anti-amerikanischen Tendenzen in der SPD möchte der Parteivorsitz am liebsten so weit wie möglich von der innerparteilichen Diskussion ausschließen.

ßen. So wurde etwa Professor Gesine Schwan nach langjähriger Mitgliedschaft eine erneute Berufung in die Grundwertekommission der SPD verweigert. Ein weiteres Beispiel ist der Kölner Staatsrechtslehrer **Martin Kriele**. Er hatte auf die von der SPD verharmlosten Verbrechen des sandinistischen Regimes in Nicaragua aufmerksam gemacht und die amerikanische Politik gegenüber diesem Land grundsätzlich gutheißen. Kriele schrieb an den Vorsitzenden der SPD:

„Immer seien an allem Übel die Amerikaner schuld. Diese beschränkte Sichtweise begünstigt die Indifferenz gegenüber den Verfolgten und die Solidarität mit den Verfolgern und bindet deshalb einen Typus von Menschen an die SPD, der nach unseren alten Leitbildern eher in andere Lager gehört hat.“ ...

Was ihn zusätzlich beunruhige, sei das „Ausmaß der anti-amerikanischen Aggressivität“. ... Unser „politisch-moralisches Problem ist heute so wie eh und je nicht die Feigheit vor dem Freund, sondern die Feigheit vor dem Feind, die allerdings dazu führen kann, daß uns der Feind als Freund und der Freund als Feind erscheint.“ ...

Kriele erwartet von der „Würde eines freigewählten Staatsmannes oder Parteivorsitzenden... im Stil des Umgangs mit Unterdrückern und Mörtern eine gewisse Distanz und Reserve. Diese haben wir schon bei der Kahnfahrt in Oreanda vermisst — und seither leider öfters und in zunehmendem Maße. Die Küsse mit Castro können dazu führen, daß die Entspannungspolitik noch nachträglich ins Zwielicht gerät.““ (Brief von Professor Martin Kriele an Willy Brandt, 17. Januar 1985, zitiert nach FAZ, 23. März 1985)

Der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, **Horst Isola**, forderte den SPD-Parteivorstand auf, den sozialdemokratischen Professor wegen seiner Äußerungen aus der Partei auszuschließen. So oder so ähnlich verfährt die neue Mehrheit in der SPD mit ihren Kritikern. Die neuen politisch-moralischen Koordinaten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik sollen für alle verbindlich gemacht werden.

Hinweis: Diese Dokumentation erscheint auch als Broschüre unter der

Bestellnummer: 5688

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM

Bestellungen an des IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold